

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der Topographien
von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz)
— Drucksachen 11/454, 11/497, 11/754 —

Bericht der Abgeordneten Diller, von Schmude und Frau Vennegerts

Der Gesetzentwurf sieht in Umsetzung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 16. Dezember 1986 (87/54 EWG) vor, ein neues gewerbliches Schutzrecht eigener Art gegen das unrechtmäßige Kopieren der Topographien von Halbleitererzeugnissen (sog. Mikro-Chips) einzuführen. Wie bei den übrigen gewerblichen Schutzrechten ist insbesondere eine zentrale Registrierung beim Deutschen Patentamt vorgesehen.

Für den Schutz von zu erwartenden rund 500 Anmeldungen pro Jahr entstehen Mehreinnahmen aus Gebühren von 250 000 DM jährlich. Die dabei zugrunde gelegte Pauschalgebühr von 500 DM pro Anmeldung wurde nach dem Kostendeckungsprinzip ermittelt, so daß Mehrausgaben nicht entstehen. Auch wird das Deutsche Patentamt die mit den zu erwartenden 500

Anmeldungen verbundene Mehrbelastung zunächst ohne zusätzliches Personal bewältigen.

Für das laufende Haushaltsjahr sind nur noch geringfügige Mehreinnahmen bei Kapitel 07 10 Titel 111 01 zu erwarten. Für die Folgejahre wird die Finanzplanung des Bundes entsprechend fortgeschrieben.

Für Länder und Gemeinden entstehen durch die Ausführung des Gesetzes keine zusätzlichen Kosten.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Rechtsausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 16. September 1987

Der Haushaltsausschuß

Walther	Diller	von Schmude	Frau Vennegerts
Vorsitzender	Berichterstatter		

